

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

Herr Vorsteher,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte da einmal ganz nüchtern an das Thema rangehen. Die letzte Etappe war im Ausschuss für Bildung und Integration am 19. August, und da konnte einer, der einfach zugehört und sich das angeschaut hat, feststellen: Dieses Programm „Ausstattung mit hochwertigem WLAN durch freie Anbieter“ ist nicht gewollt von der zuständigen Stelle, und da geht es nicht vorwärts. Es gab nicht einmal eine Bedarfsabfrage, das haben wir hier heute auch gehört. Diese Fakten, wenn man so möchte, sind unstrittig. Dieses Trauerspiel haben wir als CDU jetzt beendet, weil wir es nicht weiter zulassen wollten, dass das auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler ausgetragen wird.

Was daran so schade ist, ist, dass es durchaus Schulen gibt, die das gerne gemacht hätten! Wir hätten an dieser Lösung doch nicht festgehalten, wenn wir der Meinung gewesen wären: Außer der CDU möchte das keiner! Im Gegenteil, es gab durchaus Schulen, die die Vorteile gesehen haben, und die Vorteile, die jetzt vielleicht die Dezernentin bisher nicht gesehen hat, die können wir ihr gerne auch noch einmal schriftlich auf einer ganzen Seite präsentieren: Die Ausstattung über freie Anbieter kann wesentlich unbürokratischer, weniger aufwendig und auch kostengünstiger sein - um es einfach mal ganz summarisch zusammenzufassen - als die Anbindung über ein städtisches WLAN und dieses sogenannte P-Netz!

Aber etwas Gutes, das nicht kommt, hilft niemandem weiter, und den Schülerinnen und Schülern erst recht nicht - deswegen haben wir die Notbremse gezogen. Die Bildungsdezernentin ist jetzt am Zug und kann und muss bei dem Thema endlich Fortschritte machen. Ich möchte es nur noch einmal für das Protokoll sagen - und das ist das Peinliche daran -, dass dieses Festhalten an dem Schreiben aus dem Staatlichen Schulamt bloß deutlich macht, dass kein Interesse daran bestand. Wenn man das Schreiben liest, dann sagt einem schon der gesunde Menschenverstand, dass das Schreiben eben nicht bedeutet, dass eine Versorgung mit WLAN über freie Anbieter nicht geht. Sondern da steht drin: „in Eigenregie“ dürfen die Schulen das nicht machen, ansonsten ist es okay! „Eigenregie“ heißt: Es darf nicht der Schule und der Schulleitung aufgeladen werden, sich um alles selbst zu kümmern, daran hat es uns auch gar nicht gelegen, ehrlich gesagt.

Das Entscheidende ist, dass die Schule auswählen können soll, wenn es mehrere Anbieter gibt. Das Entscheidende ist auch, dass das Bildungsdezernat in dem Fall einmal beim Staatlichen Schulamt hätte nachfragen müssen: „Was heißt das jetzt genau?“, wenn es wirklich daran interessiert gewesen wäre, die vereinbarte Lösung umzusetzen.

(Beifall)

Wir haben das als CDU in den Sommerferien gemacht, und die Antwort war: „Es bestehen keine Bedenken gegen einen Warenkorb in Sachen WLAN, solange alles, was darum rankt, in der Zuständigkeit des Trägers ist. Die Schulleiterin beziehungsweise der Schulleiter wählt aus dem Warenkorb den Anbieter aus, das Gesamtpaket ist in der Verantwortung der Stadt.“ Genauso hätte man es machen können!

(Beifall)

Das absurde Ergebnis ist, dass Stadtrat Schneider von der CDU die von der SPD präferierte Variante pflichtgemäß umgesetzt hat und die SPD-Stadträtin sich bis heute hinter Ausreden versteckt, um ihren Teil der Vereinbarung nicht zu erfüllen.

(Beifall)

Stadtverordnetenvorsteher

Stephan Siegler:

Herr Dr. Kößler, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:

(fortfahrend)

Das ist auch das, was in der Koalition im Moment schwer zu ertragen ist, denn wir brauchen Vertrauen und Verlässlichkeit, wenn wir Vereinbarungen getroffen haben - auch wenn wir in der Sache jeweils unterschiedlich denken.

Vielen Dank!

(Beifall)